

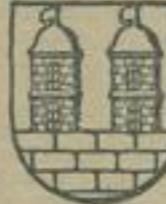
Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Posschefflonio Dresden 2640

Gebührt täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage sofern möglich 5 Pf für den folgenden Tag. Bezugspunkt bei Sehenswertem mindestens 10 Pf, durch andere Poststellen zu entrichten in der Stadt mindestens 10 Pf, auf dem Lande 10 Pf, durch die Post bezogen dientlichst 10 Pf mit Zustellungszettel. Wie Poststellen und Postbeamte sowie unsere Ausländer und Geschäftsmänner nehmen jederzeit Belehrungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besitzer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Störung des Bezugspunktes.



Zustellungspunkt 10 Pf für die 6 geschaffene Zeitung über deren Raum, Postkasse, bis 2 stellige Nummern 10 Pf. Die Wiederholung und Jahresabzug entsprechender Preisabzug. Verzinsungen im einzelnen Fall nur von Postbeamten die 2 geschaffene Zeitung 10 Pf. Abrechnungs-Gebühr 50 Pf. Auslegungsgebühr 10 Pf vermindert so wie für die Möglichkeit der durch Fernsprecher übermittelten Anzeigen übernehmen wie eins Voraussetzung. Jeder Anspruch erhebt, wenn der Beitrag durch Flugschriften werden muss oder der Absatzgänger in Standard gegriffen.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig. Mit den Inserenten: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 139

Sonnabend den 17. Juni 1922.

81. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Frau Emma Marie Anna Pietsch geborene Delbig in Wilsdruff ist als Stellvertreterin der Leichenfrau für den 1. und 6. Wilsdruffer Leichenbestattung, umfassend die Orte Wilsdruff, Grumbach, Raubach, Sachsdorf und Hühndorf, bez. die Orte Sora, Lampersdorf und Lozen in Pflicht genommen.

Wilsdruff, am 14. Juni 1922.

Der Stadtrat.

Kleine Anzeigen

haben im „Wilsdruffer Tageblatt“, das einen weitverzweigten, kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung.

Aleine Zeitung für eilige Leser.

* Der vorläufige Reichswirtschaftsrat stimmte dem Gesetz über die Getreideumlage für 1922 unter Ablehnung aller Änderungsanträge zu.

* Das Gesetz über die Jugendwohlfahrtspflege wurde im Reichstag endgültig angenommen.

* Der erste Räumungstag für Oberschlesien soll nach der Unterschrift des Abkommens der Sonnabend, 17. Juni, sein.

* Im Friedenspalast in Haag wurde die Vorkonferenz zur Haager Konferenz über Ausland eröffnet.

* Aus Paris wird festgestellt, daß die Reparationskommission von der ordnungsmäßigen Zahlung der am 15. Juni fälligen 50 Millionen Goldmark durch die deutsche Regierung bestmöglich wurde.

* Aus London wird berichtet, der amerikanische Bankier Morgan sei von Lloyd George aufgefordert worden, Ende der Woche mit ihm die Finanzlage der Welt zu erörtern.

„Gute Ratschläge.“

Am 31. Mai, unmittelbar vor Ablauf der und damals gescheiterten Frist, hat die Wiederherstellungskommission sich mit der vorläufig leichten Erfüllungsnote der deutschen Regierung einverstanden erklärt und weitere Mitteilungen über die Durchführung der damals erhaltenen Zugaben in Aussicht gestellt. Zehn, nach 14 Tagen, werden der deutschen Regierung diese Mitteilungen auf dem Umwege über die Kriegsstaatenkommission zugestellt, und es ergibt sich auch hier sofort, was schon nach der Fassung der Mainote aus Paris zu vermuten war, daß Herr Dubois und seine Geistlichen den mit gewichtigen Worten unterstrichenen Vorbehalt der deutschen Regierung einfach unter den Tisch fallen lassen.

Die wesentlichsten Zusagen der Herren Wirth und Rabenan waren damals nur unter der Voraussetzung gegeben worden, daß uns durch Gewährung einer beträchtlichen Auslandsanleihe die Erfüllung unserer Zahlungsverpflichtungen sowie die allmähliche Rückkehr zu einer geordneten Finanzwirtschaft im Innern ermöglicht würden. Diese Voraussetzung ist inzwischen, wie man weiß, durch die Entscheidung der Pariserkonferenz hinfällig geworden. Der Wiederherstellungsausschuss aber stellt sich so, als hätte er von diesen Dingen nicht die geringste Kenntnis erhalten. Er beschränkt sich darauf, auf die unmittelbar bevorstehende Ankunft des Garantiekomitees in Berlin hinzuweisen, dessen dann sofort aufzunehmende Verhandlungen mit der deutschen Regierung er, was die Kontrolle der Einnahmen und Ausgaben des Reiches, die mitsächliche Kapitalausfuhr und endlich die geforderte Statistik über den Warenverkehr anlangt, zunächst abwarten wolle. Darüber hinaus aber spricht er die Erwartung aus, daß unsere Regierung das Ihrige tun werde, um bis zum 1. Januar 1923 aus der vom Reichstag beschlossenen Zwangsanleihe mindestens 40 Milliarden zu vereinbaren. Sodann wird bemängelt, daß in den nach Paris übermittelten Nachschlusssen der deutschen Regierung keine Angaben darüber enthalten seien, mit welchen Mitteln die großen Fehlbeiträge der öffentlichen Betriebe — bei den Eisenbahnen fast 17, bei der Post 2½ Milliarden Mark — getilgt werden sollen. Und daß die seit langem geforderte Autonomie der Reichsbank inzwischen durch ein Reichsgesetz sichergestellt wurde, gerufen die Herren der Reparationskommission zwar huldvoll anzuerkennen, aber auch hier sind ihre Wünsche damit noch nicht befriedigt. Die Reichsbank müsse nicht nur selbst unabhängig sein, sondern auch unabhängige Persönlichkeiten haben. Der Regierung dürften für die Ernennung des Präsidenten und des Aufsichtsrates der Reichsbank höchstens Kontrollrechte in Form eines einfachen Einspruchsrechtes zugestanden werden, während die Aktionäre bei dieser Wahl volle Freiheit haben müssten. Ganz zufrieden werde man sogar erst sein, wenn der Regierung nur ein solches Einspruchsrecht hinreichlich der Wahl des Reichsbankpräsidenten belassen bleibe. Man behält sich das Recht vor, ein entsprechendes neues Gesetz ausschließlich zu verlangen. Aber noch wichtiger erscheint im Interesse einer Befriedung der deutschen Währung und des deutschen Kredites, daß die Reichsbank der deutschen Regierung nur noch nach dem „Grundsatze einer gesunden Bankpolitik“ Vorschüsse leiste. Die deutsche Regierung müsse schon jetzt die Wiederherstellung einer vernünftigen „Limitierung des Emissionsrechtes“ vorbereiten und forsehende Anstrengungen machen, um sie so bald wie möglich durchzuführen. Andernfalls wäre zu befürchten, daß die Opfer, die jetzt vom deutschen Volke verlangt werden, um den Anwochen der schwedenden Schuld Einhalt zu tun, nicht ihr Ziel erreichen.

Man sieht, an guten Ratschlägen ist kein Mangel im Schoße der Reparationskommission. Ihre Güte geht sogar so weit, daß sie sich um die Gesundung der deutschen Währung und des deutschen Kredites bemüht zeigt — dieselbe Reparationskommission, die jedoch erst den einzigen Weg, der, nach dem Urteil der hervorragendsten Bankfachleute der Welt, zu diesem sehr erfreulichwerten Ratschlag führen kann, durch ihre dem Verlangen Poincarés entsprechende Haltung verunreinigt hat. Außerdem ist es auch, daß sie sich um die Ruhlosigkeit der dem deutschen Volk abermals zugemuteten Opfer besorge zeigt — dieselbe Reparationskommission, die nicht den kleinen Finger rüttelt, um eine pflegsame Behandlung der deutschen Wirtschaftsquellen oder eine sachgemäße Verwendung der deutschen Reparationsleistungen zu gewährleisten. Daß es nach dem Urteil von Morgan und Genossen so wie bisher nicht weitergehen kann, daß die deutsche Finanzwirtschaft, nachdem man die große Auslandsanleihe vereitelt hat, vor der unmittelbaren Gefahr einer Katastrophe steht, das sieht die Väter der neuesten Pariser Note nicht im mindesten an. Ihnen genügt es, Altenstücke in die Welt zu setzen, die von jedem französischen Patrioten wohlgesäßt aufgenommen werden, die Frage nach der Möglichkeit oder Unmöglichkeit dieser Forderungen dagegen ruhig anderen Leuten zu überlassen.

Die deutsche Regierung und ihre Reichsregierung mehrheitlich werden sich nun abermals die Köpfe zu zerbrechen haben, was mit dieser neuesten Lebendigkeit aus Paris zu machen sei. Den Erfüllungspolitikern wird es, daß müssen sie selber zugestehen, immer schwerer gemacht, an den von ihnen einmal beschlossenen Richtlinien festzuhalten. Wie lange noch — bis auch sie werden zugeben müssen, daß die schon so oft behaupte Unmöglichkeit dieser Art von Verständigungspolitik wirklich unmöglich geworden sei?

Auch keine kleine Anteile.

Die französische Regierung hat durch ihren Gesandten in Washington bei der amerikanischen Regierung eine Anfrage gestellt, unter welchen Bedingungen die deutschen Guthaben in Amerika als Garantie für eine kleine internationale Anleihe von Amerika freigegeben werden könnten. Die amerikanische Regierung hat sich in ihrer mündlich erzielten Antwort darauf beschränkt, zu erwähnen, daß zurzeit gemäß dem Gutachten des Anteilstümme die internationale Anleihe in irgendeiner Form keine Aussicht auf Verwirklichung habe. Die amerikanische Regierung würde ihrerseits in ständiger Fühlung mit den alliierten Regierungen bleiben, um den richtigen Zeitpunkt für die Begebung einer internationalen Anleihe für Deutschland nicht zu verjäumen.

Deutsch-belgisches Mark-Abkommen.

Die erfolgte Einigung.

Die Verhandlungen zwischen der belgischen und deutschen Regierung über die Zurücknahme der 6 Milliarden Mark, die nach dem Waffenstillstand in Belgien verblieben sind, haben zu einem Abschluß geführt. Die deutsche Regierung wird zu 1,25 Franken vier Milliarden von den sechs Milliarden Mark zurücknehmen. Diese Summe wird zunächst mit 2 Prozent verzinst. Fünf Jahre lang wird die deutsche Regierung lediglich die Zinsen bezahlen und dann erst mit der Abzahlung des Kapitals beginnen, die in 25 Jahren vollendet sein soll. Die restlichen 2 Milliarden wird der belgische Staat für eigene Rechnung übernehmen. Die beschlagnahmten deutschen Güter werden zugunsten der deutschen Interessenten flüssig gemacht.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Strommaßnahmen zum Eisenbahnerstreit.

Der Reichskanzler hat Vertreter der drei Spurenverbände, des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Beamtenbundes und des AfA-Bundes, der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Angestellten und des Deutschen Eisenbahnerverbandes empfangen und deren Wünsche und Bedürfnisse zu den Maßregelungen wegen des Februarstreits angehört. Der Reichskanzler wird nach Fühlungnahme mit den zuständigen Ressorts eine Stellungnahme der Reichsregierung baldmöglichst herbeiführen.

Das Reichsgesetz über Jugendwohlfahrtspflege.

Der Reichstag nahm das Gesetz über die Jugendwohlfahrtspflege in dritter Lesung endgültig an. Nach dem Gesetz hat jedes deutsche Kind ein Recht auf Erziehung zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit.

Wenn der Anspruch des Kindes auf Erziehung von der Familie nicht erfüllt wird, tritt, unbeschadet der Mitarbeit freiwilliger Tätigkeit, öffentliche Jugendschule ein. Das Gesetz soll am 1. April 1924 in Kraft treten.

Die Zwangsanleihe im Reichswirtschaftsrat.

Der Reichswirtschaftsrat nahm zur Verzinsung einen Antrag Dr. Hilferding mit 56 gegen 48 Stimmen an, die Regierungsvorlage wieder herzu stellen, wonach die Verzinsung vom 1. November 1923 bis 31. Oktober 1930 mit 2½ Prozent und vom 31. Oktober 1930 an mit 4 Prozent erfolgt. Ein Antrag Dr. Fehrs, die Grenze auf 200 000 Mark heranzuschaffen, wurde ebenfalls mit 52 gegen 51 Stimmen angenommen. Schließlich noch ein Antrag, wonach Kleinwohnungsgrundstücke, insoweit die Kleinwohnungen in den Jahren 1920 bis 1923 baubildig beendet und die Verwertung mindestens 15 Jahre vom Zeitpunkt der Fertigstellung ab geschert ist, nicht zum steuerbaren Vermögen gehören sollen. Am übrigen wurde dem Gesetzentwurf gemäß den Ausschussschlüssen zugestimmt.

Zustimmung des Reichswirtschaftsrates zur Getreideumlage.

Nach einer längeren Aussprache über den Gesetzentwurf zur Regelung des Vertriebs mit Getreide aus der Ernte 1922 stimmte der Reichswirtschaftsrat der Vorlage unter Ablehnung aller Abänderungsanträge zu. Vorher hatte Edler v. Braun erklärt, die Landwirtschaft schneidet einzig die Fortsetzung der Zwangswirtschaft ab. Reichsnährminister Dr. Fehr hob hervor, es sei unbedingt notwendig, eine Reserve an Getreide für die Versorgung der Bevölkerung zu schaffen, da die Aussichten für die diesjährige Ernte nicht besonders günstig seien. Es scheine sicher zu sein, daß die diesjährige Ernte in Brodgetreide die des Vorjahres unter keinen Umständen erreichen wird.

Aenderung des Erbschaftsteuergesetzes.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat einen Antrag eingereicht, der einen Entwurf zur Änderung des Erbschaftsteuergesetzes enthält. In der Begründung wird ausgeschaut, daß das Erbschaftsteuergesetz vom 16. September 1919 einer völligen Umgestaltung bedarf. Es handelt sich dabei zunächst um die Anpassung der Tarife, der Freigrenzen und der zahlenmäßigen Begrenzung der Steuerfreiheit an die Geldentwertung.

Die Koalition in Mecklenburg gesprengt.

Die Entscheidung über die Person des neuen Landwirtschaftsministers führt in der gestrigen Sitzung des mecklenburgischen Landtags zu einem Bruch der zwischen Sozialisten, Demokraten, Dorfbündlern und der Deutschen Volkspartei bestehenden Koalition, indem die Fraktion der Deutschen Volkspartei aus dem Koalitionsverband ausschied. Dorfbund und Deutsche Volkspartei konnten sich nicht einigen, der Kandidat des Dorfbundes Elier wurde aber mit Hilfe der Sozialdemokraten gewählt. Infolgedessen traten der der Volkspartei angehörende Amtsinhaber Prof. Dr. Neinde-Aloch und zugleich der Justizminister Dr. Brückner (parteilos) vom Amt zurück.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Nach einer vom Reichsminister des Innern auf Anfrage erteilten Antwort ist der Entwurf eines Reichsgesetzes über die Sicherheitspolizei der Länder dem Reichstag am 31. Mai zugegangen.

Berlin. Die von einer englischen Zeitung gebrachte Meldung von dem bevorstehenden Rücktritt des Reichsverteidigungsministers Dr. Scheler ist in vollem Umfang frei erfunden. Der Minister ist seit über acht Tagen ernannt und zeitig betätigter in Lindenbergs, wo er eine Kur gebraucht.

Berlin. Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands findet am 17. September in Augsburg statt.

Hamburg. Die Senatsvorlagen zum Ausbau des Hafens, die 150 Millionen als erste Rate für den Eisenbahnhafen Hamburger Bahnhof und 137,7 Millionen für die Arbeiten im Hafen fordern, wurden von der Bürgerschaft einstimmig genehmigt.

Europa. Die Entente fordert, daß die Wälle des Minendepots Großen Hansbruch niedergelegt werden, und zwar binnen vier Monaten. Die Fortschaltung der Erdungen wird allein schon dem Reiche 60 000 Mark Kosten verursachen.

München. Die in Berlin verbreiteten Mittelangaben über Amtshindigkeit des Ministerpräsidenten Grafen Bernhardfeld wurden im Haushaltsausschuss des bayerischen Landtages als jeder Grundlage entbehrend bezeichnet.

Genf. Der Präsident der gemischten Kommission in Oberschlesien, Calonder, ist nach Katowitz in Begehung der Dienste. Der Montenaf von der politischen Abteilung des Wetterbundrates abgereist.

Sitzung des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Meißen

am 12. Juni 1922 in Weinböhla

Zur heutigen Bezirksauschusssitzung, die, wie Amtshauptmann Dr. Sievert in seinen Begrüßungsworten bemerkte, nach langer Zeit wieder einmal im Bezirk, und zwar in Weinböhla, der größten Gemeinde der Amtshauptmannschaft, abgehalten wurde, hatte die Gemeinde ihren Schulsozialrat mit der prächtigen Aussicht auf den Ort und seine Umgebung zur Verfügung gestellt. Der Amtshauptmann gab namens des Bezirksausschusses dem als dessen Mitglied mit anwesenden Gemeindevorstand Glöckner seiner Freude darüber und seinem Dank für alle Mühe Ausdruck, die mit den Vorbereitungsarbeiten und mit der im Anschluß an die Sitzung geplanten Besichtigung verschiedener gemeinnütziger Einrichtungen in Weinböhla verbunden gewesen seien, und sprach unter Zustimmung des Bezirksausschusses die Absicht aus, mit ihm von Zeit zu Zeit auch noch in anderen Teilen des Bezirkes abzuhalten, um den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, die verschiedenen Verhältnisse und Einrichtungen im Bezirk an Ort und Stelle kennenzulernen. Weiter nahm der Amtshauptmann Veranlassung, den nach glücklich überstandener schwerer Operation zum ersten Male wieder im Bezirksausschuß erschienenen Geschäftsführer Schmidt in Coswig besonders zu begrüßen und ihm namens des Bezirksausschusses die besten Wünsche für seine völlige Genesung auszusprechen.

Zur Tagesordnung übergehend, berichtete der Amtshauptmann zunächst über Leistung von Vorstufen an Stadt- und Landgemeinden zur Gewährung der gesetzlichen Unterstützungen an die Sozialrentner aus Bezirksmitteln. Befloch seien Klagen darüber laut geworden, daß den Gemeindebehörden die zur Ausschaltung der Unterstützungen nötigen Befehle vom Reich bzw. Land verspätet überwiesen worden seien, anderseits darüber, daß die Gemeindebehörden die Verteilung der Unterstützungsbeiträge erst dann vornehmen, wenn die staatlichen Vorschüsse bei ihnen eingingen, und daß, wenn von den Gemeinden zu geringe Vorschüsse angemeldet worden seien, die Renten nur in Höhe der eingegangenen Vorschüsse, nicht aber in voller gesetzlicher Höhe ausgezahlt worden seien. Die Gemeindebehörden seien geschickt verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, daß die Auszahlungen der Unterstützungen immer pünktlich, wenn auch zunächst verlagsweise, bewirkt würden. Diese verlagsweise Auszahlung der Unterstützungsbeiträge habe viele Gemeinden des Bezirkes in eine schwierige Lage gebracht, weil sie bei der allgemeinen Finanznot nicht über genügend Vermittel verfügen. Um diesen Schwierigkeiten abzuhelfen, habe die Amtshauptmannschaft in der Annahme der nachträglichen Zustimmung des Bezirksausschusses den Gemeinden auf Ansuchen bereits entsprechende Vorschüsse aus Bezirksmitteln gewährt und beabsichtigt, ihnen auch künftig in gleicher Weise beizubringen, allerdings nur unter der Voraussetzung, daß die Gemeinden die für die Errichtung der Abrechnung über die gezahlten Unterstützungen und die zur Auszahlung nötigen Vorschüsse vorgeschriebenen Fristen genau einhalten. Der Bezirksausschuß nahm zustimmend Kenntnis und genehmigte die bisherigen und die künftig zu gewährenden Vorschüsse aus Bezirksmitteln unter den vom Amtshauptmann vorgeschlagenen Bedingungen.

Sodann beschäftigte sich der Bezirksausschuß mit der Frage der Aufnahme erholungsbedürftiger Kinder in das Verpflegheim "Wettinstitut" in Coswig. Wie der Amtshauptmann ausführte, entsendet das Wohlfahrtsamt des Kreisbezirks Meißen lädtliche eine Anzahl lungengesäbte (nicht Lungentranke) Kinder auf einige Wochen zur Stärkung in das Kinderheim Hintergersdorf. Die Amtshauptmannschaft habe sich die Frage vorgelegt, ob nicht wenigstens vorläufigerweise, ev. auch aus anderen Pflegeanstalten des Bezirks, einige Kinder zur Kur im Wettinstitut untergebracht werden könnten, da, wie auch ärztlicherseits bestätigt wird, die ozonreiche Luft der das Wettinstitut mit seinen schönen und gesunden Räumen umgebenden Rodelwaldungen bei der reichlichen Kost und bei sonstiger zweckentsprechender Pflege (Biegelur, Luft- und Sonnenbäder) gleich gute Kräfteherstellungserfolge verleiht. Die Kinder würden unter ärztlicher Aufsicht und unter ständiger Leitung einer Schwestern, sowie völlig gesondert von den übrigen Insassen des Wettinstitutes gehalten werden und sich in den ausgedehnten Gartenanlagen des Wettinstitutes, sowie in den benachbarten Waldungen ausruhen und erholen können. Der Bezirksausschuß begrüßte die Anregung, beschloß aber, vor endgültiger Genehmigung nochmals die Frage zu prüfen, ob die Aufnahme von Kindern im Wettinstitut hinsichtlich des Zusammenkommens mit siechen und trunken erwachsenen Insassen des Stifts auch völlig unbedenklich sei. Einer Anregung des Geschäftsführers Schmidt, die lungengesäbten Kinder in Familienpflege auf das Land zu geben, begegnete Amtshauptmann Dr. Sievert mit dem Hinweise, daß mit Einzelzuflege von Kindern auf dem Lande in den letzten Jahren keine günstigen Erfahrungen gemacht werden seien, nicht etwa weil sich die betreuende Haushfrau der damit verbundenen Mühe gescheut hätte, sondern weil sie die Kinder nicht immer habe unter Aufsicht behalten können und die übernommene Verantwortlichkeit für sie deshalb zu groß sei. Gemeindeworstand Glöckner regte an, auch nochmals der Frage der bereits in früheren Jahren einmal erwogenen Errichtung einer ständigen Kinderstation im Verpflegheim Wettinstitut näher zu treten. Nachdem die vom Bezirk beim Landstrafenhaus in Meißen seineszeit unterhaltene Kinderstation mit der Eröffnung des Wettinstitutes eingegangen und das Kreiswohnschulhaus in Pirna, das verschiedene Gemeinden des Bezirks mit Kindern besetzt hatten, seine Pforten demnächst für immer schließen würde, sei diese Frage für die Gemeinden des Bezirks von großer Wichtigkeit. Amtshauptmann Dr. Sievert schlug vor, die angesprochene Frage, ob eine Isolierung der einzelnen unterbringenden Kinder von den übrigen Insassen des Wettinstitutes möglich sei, und weiter die Frage, ob sich vielleicht die an das Wettinstitut angезogene allgemeine Kinderstation in dem jetzt leerstehenden, ursprünglich zur Unterbringung von Zwangsarbeitern bestimmten Hause, das auch sehr schöne, gesunde Räume habe und von den übrigen Gebäuden des Stifts getrennt sei, ermöglichen lasse, gleich im Anschluß an die Sitzung des Bezirksausschusses einer Besichtigung an Ort und Stelle zu prüfen. Der Bezirksausschuß stimmte diesem Vorschlage zu. (Die nach Schluß der Bezirksausschusssitzung vorgenommene Besichtigung des Wettinstitutes in Coswig ergab die übereinstimmende Überzeugung, daß es ohne Schwierigkeiten möglich sein würde, einzelne erholungsbedürftige Kinder im Hauptgebäude des Stifts von den übrigen sieben und frischen erwachsenen Insassen getrennt unterzubringen, und daß sich bei einzigen baulichen Veränderungen, an deren Vorbereitung herangegangen werden soll, auch eine allgemeine Kinderstation in dem Neubau errichtet lassen werde.)

Über die Vereinigung der Mittergüter Lauterwitz, Plaußig, Plaßnitz, Sornitz und Proschwitz mit den gleichnamigen Gemeinden berichtete ebenfalls Amtshauptmann Dr. Sievert. Auf Grund des Berichtes genehmigte der Bezirksausschuß einstimmig die zwischen den genannten Gemeinden und den Mittergütern abgeschlossenen Verträge, die im allgemeinen dem von der Amtshauptmannschaft herausgegebenen Musterentwurf entsprechen, einschließlich der steuerlichen Bestimmungen.

Schließlich gab der Amtshauptmann noch bekannt, daß nach einer soeben eingegangenen Verordnung des Ministeriums des Innern, nördlich die Amtshauptmannschaft im Amtshaus an den auf dem fürstlichen Bezirksplatze gesäßten Beschluß vorstellig geworden sei, daß das Tageblatt der Mitglieder des Bezirksausschusses mit Wirkung vom 1. Mai dieses Jahres ab auf 90 Mark erhöht worden sei. Die betreffende Verordnung werde im nächsten Gesetzblatt erscheinen.

Ein Antrag der Firma Glasfabrik A.-G. in Brodowin auf Erteilung der Genehmigung zur Errichtung einer Gasgeneratorenanlage auf ihrem Grundstück in Brodowin fand am Vorschlag des Regierungsbaurates Dr. Wilsdruff eine volle Genehmigung, ebenso wie ein Antrag der Firma Elite-Werke, A.-G., Abteilung Löbenicht in Löbenicht auf Errichtung der Genehmigung zur Anstellung eines Glasmachers und Hammerer in ihrem Grundstück in Löbenicht.

Auf Vorschlag des Regierungsbaurates Dr. Wilsdruff wurde ein Antrag der Gemeinde Großschön auf Verschmelzung der Gemeindesätze dagegen abgelehnt. — Das Nachtrag zum Ortsgeley über die kostenlose Toiletteneinstellung in der Gemeinde Brodowin stand auf Vorschlag des Regierungsbaurates Dr. Müller einstimmig Genehmigung.

In der Bezirksversammlung am 31. Mai 1922 war erneut worden, auf der Bezirksstraße Meißen-Gauerschütz, daß das Wegeschild wieder einzuführen. Die Amtshauptmannschaft hatte bereits seit Anfang dieses Jahres technische Vorschläge und eine Rentabilitätsberechnung aufgestellt. Daraus ist herausgestellt, daß die Ausgaben für Bebildung des Begegnungsnehmers usw. die tatsächlichen Einnahmen übersteigen würden, das aber vielleicht mit einem indirekten Augenlassen zu rechnen sein würde, als nach Einführung des Weges eine Abwanderung des Fahrbahn der Straße hervorgerufen werden würde, so daß die Erhöhung der Fahrbahn langsam vor sich gehen und dagegen für Wiederherstellung seltener aufzuwendende Seite würdet. Die Ergebnisse und Anregungen und die ganze Frage der Einführung des Begegnungsschildes werden aber, wie Amtshauptmann Dr. Sievert bestätigt, ohne weiteres dadurch gekennzeichnet, daß mit dem Auftreten des jetzt erlaubten Kraftfahrzeugverzeichnisses, frühestens mit dem 1. April 1923, die Einführung von Chaussee- und ähnlichen Wegeschildern von Amt überzeugen für die gewöhnliche Benutzung öffentlicher Wege nötig sei. Das gleiche gilt für sonstige Fahrzeuge mit der Zeitpunkte des Instruktions einer Landessteuer für die Nutzung der Wege, die ebenfalls eingeführt wird. Mit Rücksicht auf diese gesetzliche Regelung der Frage besteht der Bezirksausschuß auf Vorschlag des Amtshauptmanns, der die Genehmigung des Begegnungsschildes von Bezirk wegen, die nur noch bis zu

1923 gültig sein würde, abzusehen. In Ausführung von Beschlüssen der Hauptversammlung des Gemeindefürsorgeverbandes Meißen-Zwickau rückten sich Sitzungsänderungen dieses Verbands erforderlich, die ihren Niederschlag in einem Nachtrag zur Satzung haben sollen. Die Genehmigung dieses Nachtrages wurde in Aussicht gestellt. Mit Rücksicht auf die Erhöhung der Gebühren für die Freibänke entsprechend den Vorschlägen der Anzahl für staatliche Schlafstellen erfahrung nach anderweit erhöhte Pauschalbeträgen zu berechnen. Diese Erhöhung bedingt die Ausstellung und Genehmigung von Nachträgen zu den Ortsstaaten, die Errichtung einer Kreisankt betreffend. Der Bezirksausschuß ermächtigte die Amtshauptmannschaft, die Genehmigung der in größerer Anzahl iwarierenden Nachträge namens des Bezirksausschusses anzupreisen, soweit die Nachträge einem zu diesem Zweck aufstellenden Musterentwurf entsprechen. Nachdem einem Antrage des Ingénieurs Braune in Kötzis auf Erteilung der Genehmigung zur Errichtung einer Eisenbahnleitung auf Grund des Maschinenfabrik Hermann Bölkow in Kötzis nach dem Vorschlag des Regierungsbaurates Dr. Wilsdruff entsprochen worden war, schloß die öffentliche Eisenbahn eine nichtöffentliche, sowie die Beschaffung der vorbildlichen Einrichtungen in der Schule, des im vorigen Jahre eröffneten neuen Schwimmbades, des noch in der Anlegung begriffenen Sportplatzes in Weinböhla und des Bettinstitutes in Coswig.

Neueste Meldungen.

Keine Mehrheit für die Getreideumlage?

Berlin. Am Montag wird, wie die "Dene" wissen will, bei der Beratung der Getreideumlage für die Regierung eine kritische Situation entstehen. Die Deutschen Nationalen werden zusammen mit der Deutschen Volkspartei gleichlaut gegen die Getreideumlage stimmen. Aber auch die Bayerische Volkspartei wird ihre gesamten Stimmen gegen die Getreideumlage abgeben. Dazu kommt, daß auch ein Teil der Mitglieder des Zentrums nicht für die Vorlage stimmen wird. Auch die demokratische Fraktion ist gespalten. Die Korrespondenz ist der Ansicht, daß die Regierung unter Umständen in der Minorität bliebe.

Der Verbleib der oberschlesischen politischen Gefangenen.

DA Berlin. Nach langwierigen Verhandlungen ist in der Frage der Verhandlung der oberschlesischen politischen Gefangenen eine Einigung dahin erzielt worden, daß diese in deutliche Gefangenschaft des besetzten Gebiets übergezogen werden sollen. Die noch schwiebenden Verhandlungen sollen ebenfalls vor deutschen Gerichten im Rheinland zur Aburteilung gelangen.

Stimme wirkt keine Arbeit für Argentinien.

DA Berlin. Das Gericht, das in Nordwestdeutschland verbreitet ist, daß die Firma Stinnes für Wohnbauten in Argentinien deutsche Arbeiter unter besonders ungünstigen Bedingungen anwerbt, ist unzutreffend. Weder baut Stinnes in Argentinien Bauten, noch wird er Arbeitsträger dazu an.

Ausbau der Saalewasserfälle.

Halle a. S. Der Kreistag des Kreises Unterfranken beschloß den Anbau der Wasserkräfte der unteren Saale und der Sinn mit einem Kostenauswand von 100 Millionen Mark. Es sollen neue Anlagen errichtet und die alten vergrößert werden. Sowjetrussisches Generalkonsulat für Oppeln und Danzig. DA Königsberg. Die Sowjetregierung hat nach Verhandlungen mit der deutschen Regierung beschlossen, in Königsberg i. Pr. ein Generalkonsulat der Sowjet mit außerordentlichen Vollmachten zu errichten, dessen Einfluß sich nicht nur auf die östlichen Gebiete, sondern auch auf Danzig erstrecken wird.

Aus Stadt und Land.

Wilsdruff, am 16. Juni.

Deffentliche Stadtverordnetensitzung

Donnerstag, den 15. Juni, abends 7 Uhr.

Anwesend sämtliche Mitglieder des Kollegiums außer Herrn Rebs, am Roistische die Herren Bürgermeister Dr. Kronfeld, Stadträte Behner und Sinemus.

Unter Eingänge gab der Vorsteher, Herr Oberl. Hirsch, ministerielle Revisionsvorschriften für Spar- und Großlohselbstverträge durch Herrn Direktor Fischer-Hanßenberg Ende dieses Monats stattfindet. — Zustimmend nimmt man Kenntnis von der Beschaffung von Sand und Schlacken für die Laubbahn des Turnplatzes am Schülzenhaus, der die Überlassung der städtischen Turnhalle für 1 Stunde wöchentlich an die Landwirtschaftliche Haushaltungsschule zunächst für das Sommerhalbjahr und von der Notwendigkeit zweier neuer Defen für das Verwaltungsgebäude. — Zur besseren Wahrung städtischer Interessen soll dem Reichsverband der Eigentümer von Mietpostgrundstücken beigegezogen werden. — Dem Uhrmachermeister Nicolaus wird eine angemessene Erhöhung der Entschädigung für Instandhaltung der Schul- und Rathausuhr zugestimmt. — Für die Abtragung der Entgrube auf dem Schülzenplatz werden 500 M. für die erfolgte Reinigung des städt. Friedhofs 5000 M. bewilligt. — Geißgärtl u. Kaninchensüchtverein hatten gemeinsam um Überlassung der städtischen Turnhalle zu Aussiedlungszwecken für die Zeit vom 27. Dezember bis 2. Januar nachgefragt. Der Rat hatte das Gesuch betriebs genehmigt. Stadt. Dähne widerstand aus bogenschützen Gründen der Bereitstellung der Turnhalle und schlug als geeignetes Lokal das ehemalige Kesselhaus des Elektrizitätswerkes vor. Da Be-

denken hinsichtlich der dortigen Licht- und Wärmeverhältnisse geäußert wurden, verwies man das Gesuch an den Rat zurück.

Um den Wilsdruffer Einwohnern wie im Vorjahr preiswertes Obst zu dienen, ist ein Kirchenangebot des Straßen- und Wasserbaumes Meilen an der Straße Rossen-Meilen angenommen worden. Der Ertrag ist auf ca. 120 Rentner geschätzt, der Packpreis beträgt 13 000 M. Mit der Einbringung der Kirchen ist Herr Stadtrat Zschole beauftragt worden. Die ersten Früchte sind bereits dieser Tage verlost worden für den angemessenen Preis von 6 M. für das Pfund. — Der Lebentnahme des oberen Teiles der Bismarckstraße von Gutsbel. Binf in städtische Verwaltung wird nach Begutachtung durch Herrn Oberamtsstrassenmeister Jähn zugestimmt, desgl. der Änderung von Ziffer 8 Absatz 2 Satz 1 des 8. Nachtrages zur Latalabordnung (Zugang der Stimmettelosten bei den Elternrätswohl durch die Stadt), der Erhöhung des Schulgeldes für auswärtige Schüler auf das Doppelte und der Anschaffung von 3 Minimar-Feuerlöschern für die Schule. — Nachdem auch der Elektroverband sich dahin geäußert hatte, blieb der Stadtvorsteher nichts anderes übrig, als in den lauren Apfel zu beißen und der Erhöhung des Teuerungssatzes für den Deuben bezogenen Strom zuzustimmen, was eine weitere Erhöhung der Strompreise unvermeidlich zur Folge haben dürfte. — Da der Rat als solcher von dem Vorlaufsrecht keinen Gebrauch zu machen gedachten, wird der Verlauf von 5 bislangen Grundstücken lediglich zur Kenntnis genommen. — An Baufoltenausschüssen stehen für dieses Jahr 150 000 M. zur Verteilung. Man ist geneigt, die Summe Herrn Baummeister Berthold zugespreden, der durch Aufbau seines Kontorgrundstücks 2 Wohnungen errichten und eine davon der Stadt zur Verfügung stellen will, verlangt aber zuvor die Einreichung eines Kostenvoranschlags. — Der Aufstellung einer Begegnung an Kreuzungspunkten auf dem Markt durch den Verein für Natur- und Heimatfunde stimmt man zu. Es ist ein Spenit-Oberst von Heimatfreunden in Amerika gesüßt und hilft einem schon lange von fremden Durchreisenden unangenehm empfundenen Mangel schneller Begierstellung ab. — Dem Landwirtschaftlichen Kreisverein Dresden wird der Schuhplatz für die Tierklinik am 31. Juli d. J. zur Verfügung gestellt. Gegen 5 Stimmen wird der Betrag von 300 M. bereitgestellt für den Fall der Einstellung von Preisen. — Einem schon lange empfundenen Nebelstande will man abhelfen, indem man die Steuerlast in das jetzige Meldeamt verlegt und dort für den Kassier einen besonderen Raum schafft, während für das Meldeamt in der Polizeiwache Raum geschaffen werden soll. — Der Anlauf von 100 Bündeln Brennholz für städtischen Bedarf wird genehmigt. — Nachdem sich die Verwendung der alten Treibriemen als Sohlebner als gut herausgestellt hat, wird ein Angebot des Schuhmachermeisters Westphal, der die Sohlen unentbehrlich schneiden will, dantente angenommen. Die Sohlen sollen dem Wohlfahrtsamt überwiesen werden. — Die Schieferbelegung des Rathaussturmes wird nunmehr Herrn Dachbedecker Bierert übertragen. — Die Gebühren für Beaufsichtigung der öffentlichen Tanzmusik durch die Polizeiorgane werden auf 10 M. erhöht und sollen an die Stadtkafe abgeführt werden. — Die Ueberlassung von 200 Rentner Kartoffeln an den Konsumverein zum Preise von 120—130 M. je Rentner wird gutgeheißen. — Schließlich lobt Herr Stobitz, daß die Mitglieder beider Kollegien zu den am Sonntag anlässlich des Reichsarbeitersporttages stattfindenden Veranstaltungen des hiesigen Allgemeinen Arbeiter-Sport- und Turnvereins ein.

Neue Regierungskrise in Sachsen. — Ablehnung des Polizeiels im Landtag. In der Donnerstag-Sitzung des sächsischen Landtages wurde das Kapitel 48 (Polizeiamter), mit Ausnahme des Kapitels Beiträge der sechs Großstädte mit 55 gegen 38 Stimmen abgelehnt. Gegen den Polizei-Etat stimmen außer den bürgerlichen Abgeordneten die Kommunisten, so daß die beiden sozialistischen Regierungsparteien in der Minorität blieben. — Über die Sitzung selbst wird berichtet: In 7 Stundeniger Beratung erledigte der Landtag am Donnerstag das Etat-Kapitel Landespolizei, das Minister Lipinski in einer langen Rede versucht zu retten versuchte, in dem er die Behauptung aufstellte, daß die Ablehnung des Kapitels nichts anderes als die Auflösung der Landespolizei und einen Liebesbrief der Entente gegenüber bedeutete. Er sprach von einer Verdrübung der Bürgerlichen mit den Kommunisten und wünschte dieser Koalition unter stürmischer Heiterkeit des ganzen Hauses gute Fahrt. Abg. Böllert (Dnl.) beantragte Streichung der Einstellungen für die Regierungskommissare, die nichts anderes als ein Organ für die Durchführung des politischen Systems des Ministers Lipinski bedeuten. Abg. Renner (Komm.) gab namens seiner Fraktion eine Erklärung ab, daß sie der jetzigen Regierung wegen ihrer arbeiterfeindlichen Politik die Mittel zur Erhaltung der Polizei ablehnen. Abg. Böllert (D. Sp.) stellte fest, daß aus dieser Situation klar hervorgeht, daß die sächsische Regierung am Ende ihres Lateins sei. Minister Lipinski erklärte gegenüber der kommunistischen Forderung auf Verbot der Regimentslage, daß für ein solches folgende keine Veranlassung vorliege, die die öffentliche Ordnung und Sicherheit und der Belast des Staates nicht gefährdet seien. Abg. Dr. Seifert (Dem.) forderte, daß die Regierung aus der Ablehnung die Konsequenzen ziehe und Abg. Beuiler (Dnl.) stellte fest, daß eine Regierung, die trotz Ablehnung des Polizei- und Justiz-Etats nicht gebe, verschissigswidrig sei. Bei der Abstimmung wurden die Einstellungen für die Landespolizei im Etat für 1921 und 1922 mit den Stimmen der Bürgerlichen und der Kommunisten gegen die Sozialdemokraten und der Unabhängigen abgelehnt. Bei einer weiteren Abstimmung über den Kostenausgleich bez. der Heranziehung der Großstädte zu den Kosten der Landespolizei stimmten die Kommunisten mit den Regierungsparteien. Der deutschnationale Antrag auf Streichung der Regierungskommissare wurde gegen die Stimmen der Deutschen Nationalen und der Volkspartei abgelehnt, desgleichen der Antrag der Volkspartei bezüglich des Kostenbeitrags der Großstädte mit 47 gegen 46 Stimmen. Nachdem noch das Etat-Kapitel Armentransportspiele und sonstige Ausgaben für die öffentliche Wohlfahrt erledigt worden war, erfolgte nach 7 Uhr Schluß der Sitzung. Nächste Sitzung Donnerstag den 22. Juni 1922.

Uraub des Ministerpräsidenten. Ministerpräsident Bud ist vom 19. Juni bis 29. Juli beurlaubt. Seine Vertretung übernimmt der Minister des Innern Lipinski. An den Ministerpräsidenten Bud persönlich gerichtete Anstreichen müssen während der Zeit seines Uraubes unerledigt liegen bleiben. Es empfiehlt sich daher, derartige Schreiben an die zuständigen Ministerien (Staatskanzlei, Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten) zu richten.

Fortschreibung des Romans in nächster Nummer.

Die Lage auf dem sächsischen Arbeitsmarkt. Nach dem letzten Wochenbericht des Landesamtes für Arbeitsvermittlung zeigte die Arbeitsmarktlage keine wesentliche Veränderung. Die Vermittlungsaufzahl war im allgemeinen gering, namentlich mit Rücksicht auf die oft vielen Orten begonnene Arbeitslosen. In der Landwirtschaft besteht der Mangel an Helfern und Mägden fort. Auch der Bedarf an Gärtner hält an.

Die Eröffnung der Ausstellung für das Goldwirtschafts- und die heimische Industrie in Meißen erfolgte am

Sonntag in Gegenwart des Ministerpräsidenten Bud und zahlreicher Vertreter von Staats- und städtischen Behörden. Die Ausstattung der Ausstellung vermag sich in jeder Beziehung allen großzügigen Unternehmungen dieser Art zur Seite zu stellen. Die Beschilderung der Ausstellung ist, was die ausstellenden Firmen anlangt, eine in jeder Hinsicht reichhaltige. Handel, Gewerbe und Industrie wetteifern in der Schaustellung ihrer für das Gastwirtschaftsgewerbe notwendigen Erzeugnisse. Aber auch der Haushalt und die Familie können in der Ausstellung manches für ihren Kreis praktische Wissen schöpfen. Der Besuch der Ausstellung ist daher lohnend für weiteste Kreise. Mit der Ausstellung verbunden ist der 30. Verbundstag des Sächs. Gastwirts-Verbandes, der am Donnerstag den 22. Juni mit einer großangelegten Buntefeuerleuchtung der Albrechtsburg, des Domes und der Stadt enden wird. Nächst der alten Residenzstadt Heidelberg waren Reihen Burgleuchtungen schon in Friedenszeiten berühmt. Die Ausstellungsdauer ist bis Sonntag den 25. Juni berechnet.

Einrichtung von Steuerberatungsstellen des Landesfulturates. Zum Zwecke der Beratung und Auskunftserteilung in allen Fragen der jeweils zur Veranlogung kommenden Reichs- und Landesteuern hat der Landesfulturrat die Einrichtung von Steuerberatungsstellen geschlossen, die je nach dem hervortretenden Bedürfnis noch weiter ausgebaut werden sollen. Die Hauptstelle für Steuerberatung ist beim Landesfulturrat, Dresden-A., Schönstr. 14, 1., gleichzeitig Beratungsstelle für den Bezirk des Landw. Kreissvereins in Dresden. Schriftliche Anfragen, denen das für die Rückantwort erforderliche Briefporto beizufügen ist, sind an die vorstehende Anschrift zu richten. Einjährl. Auskünfte erfolgen kostenlos. Im übrigen werden zur teilweisen Deckung der durch die Beratung entstehenden Kosten vor allen Dingen bei etwa notwendig werdenden Dienstreisen einzelner Beamter je nach dem Umfang der Beratung und dem entstehenden Aufwand Gebühren erhoben, die an die Kassenverwaltung des Landesfulturates, Dresden-A., abzuführen sind.

Kamenz. Vor elichen Tagen war ein Möbelwagen, der einem Kamener Möbelhändler gehörte, nach Kamenz unterwegs. Da derselbe aber nicht am Bestimmungsort eintraf, wurden von dem Besitzer Nachforschungen angestellt. Der Möbelwagen stand verloren mit zerbrochenem Rad in Königsbrück. Durch die Ermittlungen stellte sich folgendes heraus: Der Rütscher hat von der Ladung des Wagens eine Chaiselongue und einige andere Kleinigkeiten verlaufen und hat dann, anscheinend um einen Unfall vorzutäuschen, das Rad beschädigt, um nachher das Weite zu suchen. Der Flüchtige konnte bisher noch nicht ergreifen werden.

Bautzen. Ein Schadenfeuer, wie es in gleichem Umfange Bautzen seit Jahren nicht gesehen hat, suchte Donnerstag früh die Holzhandlung des Baumeisters Hermann Kratzheim. Das Feuer war gegen 3 Uhr morgens in der Tischlerei ausgebrochen und fand an den Holzwällen reiche Nahrung. In der Tischlerei wurden wertvolle Kunstmöbel, die für einen Bautzner Bankneubau gearbeitet waren, im Werte von allein mehreren Hunderttausend Mark vernichtet. Der Schaden an Hölzern ist nicht zu überleben, da vor allem in grossem Umfange wertvolle ausländische Hölzer vernichtet wurden. Die eingearbeiteten Gebäude waren vor noch nicht langer Zeit erst erbaut worden.

Kirchennachrichten — 1. Sonntag n. Trin.

Predigtext: 1. Joh. 4, 16—21.

Wilsdruff.

Vorm. 8,30 Uhr Predigtgottesdienst. — Vorm. 10 Uhr Kindergottesdienst. — Nachm. 2 Uhr Taufgottesdienst.

Guten Erfolg

bringt eine

wirkungsvolle Anzeige

im

Meißner Tageblatt

(Amtsblatt)

und seinen Neben-Ausgaben

Coswiger Anzeiger und
Anzeiger für Weinböhle

Unterbl. Amtsblatt für Weinböhle

2000: 3778 12659 26265 30530 40363 48805 49644 61331 79554
85099 102061 108673 124117
1000: 1530 2644 3673 3881 10440 16007 17863 19857 20386
21861 22381 24522 28149 28229 28652 28876 33340 35719 37728
39858 43896 43654 43789 49153 51366 52388 53263 55564 56576
57474 61847 62066 64364 64817 66140 66628 68585 71342 74803
76764 79703 80429 82292 85644 87755 90290 105074 106057
106681 107529 108147 109738 112545 113377 113915 117206
118145 118527 120383 123393 125224 127060 127674 129913
500: 281 1728 3828 4003 4154 5565 7477 7488 7597 8044 8332
8542 8635 9610 10485 10771 10825 11955 12280 12634 12671
13688 14503 15760 16328 17814 18904 18954 23299 23981 24313
25383 26813 28445 29609 32796 34946 35165 35690 37039 39183
39635 40030 40267 40315 40662 40991 41012 41407 41977 42445
46939 49102 50325 52415 52510 53851 55163 55202 55806
55840 56080 58215 58262 59039 60450 60568 61100 61973 66939
67017 68865 69839 70017 70215 70402 70551 74234 77308 77689
77849 77930 79524 79765 80182 80350 82604 85053 85603 87554
89100 89257 89415 89946 93844 95261 95402 95872 96388 97471
97907 98382 99757 101609 104397 104561 105365 106209 106738
106264 107142 107157 108017 108407 108526 109746 110873
111049 111961 111999 112062 113589 113954 118641 118723
119406 119542 119593 119729 119748 120641 124137 124922
125221 126484 126845 129053 129997

Dresdner Schlachtviehmarkt am 15. Juni.

Auftrieb: 1. Rinder: a) 8 Ochsen, b) 20 Bullen, c) 11 Kalben und Rübe. 2. 585 Kühe, 8, 34 Schafe, 429 Schweine. Preise

in Mark für Lebend- und Schlachtgewicht: a) Ochsen:

1. vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwertes bis zu 6 Jahren 8200 bis 3300, 5825 bis 6000, 2. junge, fleischige, nicht ausgemästete, ältere ausgemästete 2800 bis 2900, 5400 bis 5575,

3. möglichst jährlinge, gut genährte ältere 2800 bis 2800, 4700 bis 5300, 4. gering genährte jeden Alters 1600 bis 1800, 4000 bis 4500; b) Bullen: 1. vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwertes 8000 bis 8200, 5875 bis 6000, 2. vollfleischige jüngere 2800 bis 2800, 4725 bis 5075, 3. möglichst jährlinge und gut genährte ältere 2200 bis 2400, 4250 bis 4600, 4. gering genährte 1700 bis 1900, 3800 bis 4200; c) Kalben und Rübe: 1. vollfleischige, ausgemästete Kalben höchsten Schlachtwertes 8200 bis 8400, 5825 bis 6175, 2. vollfleischige, ausgemästete Rübe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 2900 bis 3000, 5800 bis 5875, ältere ausgemästete Rübe und gut entwickelte jüngere Rübe und Kalben 2200 bis 2600, 4900 bis 5600, 4. gut genährte Rübe und möglichst genährte Kalben 1800 bis 2000, 4500 bis 4900, 5. möglichst und gering genährte Rübe und Kalben 1200 bis 1600, 3550 bis 4500. Kühe:

1. Doppellender —, 2. beste Mäst- und gute Saugfälber 8100 bis 8200, 5000 bis 5175, 3. mittlere Mäst- und gute Saugfälber 2800 bis 3000, 4675 bis 5000, 4. geringe Kühe 2500 bis 2700, 4220 bis 4675. Schafe: 1. Mästfämmer und jüngere Mästfämmer 2400 bis 2500, 4800 bis 5000, 2. ältere Mästfämmer 1700 bis 2100, 8800 bis 4650, möglichst genährte Fämmel und Schafe (Weibschafe) 000 bis 1500, 2375 bis 2800. Schweine: 1. vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis 1½ Jahre 4300 bis 4400, 5825 bis 6025, 2. Geitschweine 4400 bis 4600, 5500 bis 5625, 3. fleischige 8900 bis 4000, 5075 bis 5825, gering entwickelte 3400—3600, 4875 bis 5075, 5. Sauen und Eber 8400 bis 4200, 4500 bis 5600. Zentrum des Marktes: Kühe leicht, Schweine langsam.

Grumbach.

Vorm. 8 Uhr Abendmahlseier. — Vorm. 8,30 Uhr Predigtgottesdienst, darnach Kindergottesdienst.

Dienstag und Donnerstag ab 7 Uhr Übungsstunde des Posaunenchors in der Pfarrkirche.

Sonntagnachmittag Johannisfeier zum Gedächtnis der im Weltkrieg gefallenen Gemeindemitglieder auf dem Friedhof.

Kesselsdorf.

Vorm. 8,30 Uhr Predigtgottesdienst (Pf. Zacharias). — Vorm. 10 Uhr Unterredung mit der konfirmierten Jugend (Pf. Heber). — Nachm. 2 Uhr Taufen.

Gora.

Vorm. 8 Uhr Hauptgottesdienst. — Vorm. 9,15 Uhr Kindergottesdienst, Kl. 1.

Nöhrdorf.

Vorm. 8,30 Uhr Predigtgottesdienst. — Vorm. 10 Uhr Kindergottesdienst. — Nachm. 1,30 Uhr Unterredung mit den konfirmierten Jugend.

Limbach.

Vorm. 8,30 Uhr Predigtgottesdienst.

Blankenstein.

Vorm. 8 Uhr Predigtgottesdienst. — Vorm. 9,30 Uhr Kindergottesdienst.

181. Landes-Lotterie. 1. Klasse. 1. Tag. 14. Juni.

(Ohne Gewähr.)

100000: 64556

75000: 32583

30000: 56 72115

20000: 38760

10000: 50248 109013

5000: 6247 31481 38167 117319 66127

3000: 1553 2103 19805 27843 28715 46215 49205 52336 60094

92189 93698 117068

Hausmädchen

welches sich zum Gästebedienen eignet, für 1. Juli gesucht.

Lindenschlößchen.

Magd

als zweite sofort gesucht.

Lindenschlößchen. Wilsdruff, Feldweg 114.

Nr.	Raume	1834	1848	1849	1850	1852	1853	1858	1861	1864	1867	1871
1	Aufzahlen	266	314	301	324	305	406	409	385	406	385	375
2	Bajdori	89	96	89	80	98	92	91	90	85	88	100
3	Bergwerk	172	209	220	228	204	228	201	194	196	215	232
4	Blieberlein	385	465	461	470	477	491	486	489	506	519	522
5	Bürkelnhain	155	167	176	190	170	168	164	170	183	178	154
6	Brabitsch	400	409	388	412	423	420	415	408	426	445	484
7	Brabitsch	124	112	113	123	119	119	122	120	119	117	117
8	Braunröder	501	512	501	537	549	556	550	618	624	651	651
9	Briesnitz	224	196	201	219	257	244	279	310	302	391	515
10	Burggrädel	56	51	47	42	48	46	40	49	67	70	81
11	Burkhardswalde	216	272	298	298	309	316	286	282	209	206	239
12	Conzappel	208	220	229	216	220	220	238	237	247	235	235
13	Eschbaude	165	521	545	564	562	569					

Ausstellung für Gastwirtsgewerbe und heimische Industrie Meissen 1922 vom 18. bis 25. Juni

Größte Gewerbeschau des sächsischen Gastwirtsgewerbes, verbunden mit dem 80. Verbandstag des Sächsischen Gastwirtsgewerbes.

— Eröffnung: Sonntag, den 18. Juni. — Zutritt täglich für jedermann.

Linden schlößchen.

Sonnabend den 17. Juni

Großer Jugendball.

Hierzu laden freundlich ein der Wirt der Vorstand.

Oldenburger und ostfriesischer Milch- und Zuchtvieh-Verkauf

Zeige ergebenst an, daß ich wieder mit einem Transport von 30 Stück prima junger, schwerer, hochtrag. u. abgekalbter Oldenburger u. ostfries.



Rühe und Kalben sowie 8 erstklassigen Zucht-Bullen

von 1½—1½ Jahren eingetroffen bin und dieselben nach Ablauf der 10-tägigen Quarantäne ab Sonnabend den 24. Juni bei mir äußerst preiswert zum Verkauf stehen.

Meissen, Marx Kiesel

am Bahnhof, Fernruf 393. Inh.: S. de Levie.

1884 1843 1846 1849 1852 1855 1858 1861 1864 1867 1871

Heute Freitag Liedertafel.

Turnverein Grumbach

Sonnabend den 17. Juni

Monatsversammlung im Gasthofe.

Aufang 1/2,9 Uhr.

Um zahlreichen Besuch bitten der Turnrat.

Als beste, ergiebigste u. billigste Erfrischungsgetränke empfehle ich:

Rubinperle,

Himbretta,

ferner feinsten

Himbeerhaßt

mit 65% Zucker.

Alfred Pichich.

Neues Heu

läuft jeden Posten und holt auf Wunsch von der Wiese weg

Louis Seidel

Wilsdruff.

Fernruf 5 und 10.

Heu

von der Wiese weg kaufen

Martin Neubert,

Metzgermeister.

Allen meinen werten Kunden von Stadt und Land hierdurch zu gesl. Kenntnahme, daß ich mit dem heutigen Tage mein

Landesprodukten-, Obst-, Gemüse- u. Fischwaren-Geschäft

an Herrn Theodor Ferch verlaufen habe.

Allen meinen werten Kunden von Stadt und Land dankt ich für das mir in so reichem Maße geschenkte Wohlwollen herzlich und bitte gleichzeitig, daßselbe auch auf meinen Nachfolger gütig übertragen zu wollen.

Hochachtungsvoll Walter Riemann und Frau.

Auf Obiges bezugnehmend, erlaube ich mir, die geehrte Einwohnerschaft von Wilsdruff und Umgegend in Kenntnis zu setzen, daß ich mit dem heutigen Tage das

Landesprodukten-, Obst-, Gemüse- u. Fischwaren-Geschäft

von Herrn Walter Riemann in Wilsdruff läufig erworben habe.

Es wird mein eifriges Bestreben sein, stets gute, reelle Ware zum Verkauf zu bringen und den Wünschen der geehrten Rundschau stets gerecht zu werden.

Ich bitte höflich, daß bisher Herrn Riemann entgegengebrachte Vertrauen auch auf mich übertragen zu wollen. Um gütige Unterstüzung bittend, empfehlen sich

Hochachtungsvoll Theodor Ferch und Frau.

Tharandter Landwirtschaftsbank

c. G. m. b. H. Tharandt

empfiehlt und bittet um Abholung (Abgabe nur an Mitglieder)

prima Zucker.

Heu

sucht von der Wiese weg jeden Posten zu kaufen u. soll jederzeit durch eigenes Geschäft ab

Holzhandlung Poller, Fernsprichter 406.

Fr.	Name	1884	1843	1846	1849	1852	1855	1858	1861	1864	1867	1871
57	Rauschi	342	346	306	310	393	340	929	312	329	330	320
58	Reutschchen	704	747	582	902	927	936	938	930	965	966	937
59	Niedergröblich	1074	1242	1294	1277	1420	1565	1607	1759	1964	1899	2161
60	Niederhermsdorf	424	577	619	704	759	828	859	890	920	934	978
61	Niederjohanna	818	801	828	862	939	907	888	938	973	1018	1027
62	Niederwartha	110	92	85	77	88	84	96	98	105	105	118
63	Übergröblich	186	190	213	210	21	203	194	181	260	176	171
64	Überbernsdorf	171	236	286	288	303	298	319	319	374	378	390
65	Überoda	908	829	817	811	558	306	363	832	860	877	872
66	Übermarkt	119	102	66	118	107	107	107	124	128	127	126
67	Üderwitz	95	89	82	84	101	90	86	94	124	110	131
68	Ürmersch	108	109	114	108	98	95	98	98	130	96	101
69	Ürgenzen	64	54	62	54	50	52	58	79	78	74	77
70	Wernitz	121	123	114	114	120	125	182	121	181	150	158
71	Werne	42	40	51	55	56	60	50	54	42	54	51
72	Winfelsch	58	50	57	58	78	64	61	56	62	58	50
73	Wistomth	56	85	99	107	122	106	114	110	106	120	102
74	Wodensd.	125	120	119	127	122	125	125	140	145	145	140
75	Wohrsdorf	381	388	358	371	376	376	372	408	411	400	409
76	Wolens	184	167	171	178	182	188	189	189	196	195	177
77	Wolfsbach	73	64	68	71	66	74	68	61	78	79	73
78	Wolfsberg	664	790	836	907	915	929	879	880	914	908	838
79	Woltersdorf	66	60	87	93	118	116	115	107	90	94	98
80	Reppin	67	63	64	69	68	70	66	68	66	68	55
81	Reppin	187	122	111	119	126	96	111	119	110	146	145
82	Wirmsdorf	74	82	84	93	91	101	95	90	89	94	101
83	Wöhrsdorf	478	508	493	482	472	488	497	580	545	559	542
84	Roitzsch bei Wilsdruff	60	59	59	60	55	58	49	52	55	51	59
85	Roitzschberg	917	565	360	817	865	866	874	401	406	476	406
86	Sachsdorf	250	281	302	309	304	302	285	277	258	288	312
87	Scharfenberg	198	179	205	204	214	265	235	220	227	235	238
88	Schmiedeber	251	277	277	280	304	285	307	302	308	320	308
89	Seeligstädt	251	222	222	253	280	251	248	259	259	404	321
90	Semmelberg	230	222	222	253	280	251	248	259	259	259	251
91	Sora	164	187	175	181	198	205	196	204	202	201	201
92	Sönig	51	55	56	54	42	58	54	55	49	52	42
93	Spethshausen	50	35	39	35	36	42	54	32	37	38	35
94	Spittewitz	29	27	30	26	29	29	28	28	24	22	16
95	Steinbach bei Reußelsdorf	108	104	98	121	123	124	127	119	116	115	132
96	Steinbach bei Rohr	169	178	189	170	177	201	201	214	207	197	190
97	Zaunberg-Alt.	270	290	295	197	315	282	318	328	320	324	298
98	Zaunberg-Reu.	149	146	150	102	177	184	166	187	176	170	160
99	Zaunheim	524	584	541	526	522	558	548	566			